

Die Zukunft der Deutschen in Europa

Kolloquium in Potsdam vom 11. bis 13. Mai 1990

Um die Zukunft der Deutschen in Europa ging es bei einem internationalen Kolloquium, zu dem die Präsidien der evangelischen Kirchentage in der DDR und der Bundesrepublik vom 11. bis 13. Mai nach Potsdam eingeladen hatten. Das Thema, das schon vor mehreren Monaten festgesetzt worden war, hatte bei der sich ständig beschleunigenden Entwicklung auf die Vereinigung zu eine besondere Aktualität, und es war den Teilnehmern und Teilnehmerinnen anzuspüren, wie sehr die anstehenden Fragen allen unter den Nägeln brennen! Man kann den Kirchentagen und der unterstützenden Otto-Bennecke-Stiftung nur dankbar sein, daß sie die Gelegenheit zu einem derart dichten Austausch schuf.

Daß das europäische Haus im Dorf der Welt liegt und damit auch das deutsche Zimmer auf die Straßen dieses Dorfes hinausgeht, geriet während des gesamten Kolloquiums nicht aus dem Blick. Daß es sich öffne und geöffnet bleibe, war das Anliegen aller Anwesenden. Erhard Eppler und der Staatssekretär im DDR-Entwicklungsministerium, Wolf-Dieter Graewe, setzten gleich zu Beginn an dieser Stelle einen deutlichen Akzent, wobei auffiel, wie positiv beide die Möglichkeiten einer veränderten und besseren Entwicklungspolitik Europas aufgrund der Entspannung im Ost-West-Verhältnis beurteilten: geringere Rüstungsausgaben, größere wirtschaftliche Flexibilität, die Freisetzung von Kräften zur Entwicklung ökologisch verantworteter Politik usw. – all das werteten sie als Chancen. Allerdings müsse die Frage nach der Auswirkung unserer Politik auf die Entwicklungsländer ständig gestellt und nicht, wie es bisher geschieht, unentwegt verdrängt werden. Ein für den Süden partnerschaftliches Europa werden wir nicht erreichen, wenn wir uns selbst nicht ändern: in der Agrarpolitik, in der Energiepolitik, der Finanzpolitik usw. Die EG habe die Chance, unter den neuen Bedingungen aus dem Block der nördlichen Giganten auszuscheren und mit dem Süden politische Kompromisse auszuhandeln. Sie sollte sie nutzen! „Und warum sollten wir nicht für die gesamtdeutsche Verfassung aufschreiben, wie wir unser Verhältnis zum Süden sehen?“, endete Eppler seinen Vortrag. Dabei wäre die Expertise der DDR unschätzbar, die Graewe bezüglich der Entwicklungsländer hervorhob, zu denen die Bundesrepublik bislang kaum Beziehungen unterhält. Der Ball wurde während der gesamten Tagung immer wieder aufgenommen: Günter Gaus fragte, ob die Wanderung von Ost nach West nicht vielleicht der Beginn des Marsches der Armen in die reichen Länder sei, und Carl-Friedrich von Weizsäcker erinnerte in seinem Rückblick auf die Weltversammlung in Seoul an das dort vorherrschende Thema der ungerechten Weltwirtschaftsbeziehungen mit ihren verheerenden Auswirkungen auf die Dritte Welt. Europa und wir Deutschen mittendrin sind hier wahrhaftig gefordert!

Daß die deutsch-deutsche Vereinigung nicht zu einer internen Angelegenheit werden konnte, dafür sorgten die ausländischen Redner aus Polen, der CSFR, den Niederlanden, Schweden, der Sowjetunion und den USA. Ein Gast aus Frankreich forderte in der Diskussion die stärkere Berücksichtigung des europäischen Südens beim Nachdenken über die Umgestaltung Europas.

Aber zweifellos am eindrucklichsten waren die Beiträge der Polen und des früheren tschechischen Außenministers Jiri Hajek, des großen alten Mannes der Charta-77-Bewegung. Letzterer entwarf ein weitmaschiges, großzügiges Bild eines neuen Europa, das die bestehenden Möglichkeiten der KSZE nutzend durch die Bildung einer gesamteuropäischen Kommission zu einer neuen gemeinsamen Sicherheit kommen könne. Die Entscheidung der Deutschen zur Vereinigung beschrieb er als einen erwünschten Schritt auf die Lösung der Probleme Europas zu, den sein Land seit dem Prager Appell im Jahre 1985 befürwortet. Die KSZE, in der alle Staaten einzelne Subjekte sind und die damit die Blöcke übergreift, sei ein sehr viel wirksameres Instrument für die Einigung und Sicherheit Europas als etwa die NATO. Dieser Punkt: die Selbstverständlichkeit, mit der in der Bundesrepublik von der Zugehörigkeit Gesamtdeutschlands zur NATO gesprochen wird, ist ein Herd der Beunruhigung und Sorge bei unseren Nachbarn. Das wurde nicht nur von Hajek, sondern auch von dem Polen Stanisław Musiał und von dem Direktor des SIPRI-Institutes Walter Stützle für seine aus elf verschiedenen Staaten stammenden Mitarbeiter artikuliert. Es sollte uns hellhörig machen und andere Möglichkeiten ernsthafter prüfen lassen. Zwei Politikerinnen aus der Bundesrepublik, Hildegard Hamm-Brücher und Antje Vollmer, stellten denn auch die NATO, die ja als Verteidigungsbündnis gegen den Ostblock konzipiert ist, als ungeeignetes Instrument der Friedenssicherung ausdrücklich in Frage und unterstützten statt dessen den tschechoslowakischen Vorschlag. Das war ein wichtiges Signal an die ausländischen Gäste. Die Skepsis gegenüber der NATO paart sich bei manchen unserer Nachbarn, vor allem bei den Polen, mit der Angst vor zu viel Machtfülle der Deutschen. Musiał wies darauf hin, daß die Vereinigung Deutschlands bei 60 % der polnischen Bevölkerung Sorge auslöse und daß diese Tendenz zunehmend sei. Es ist die Angst vor der Wiederholung des ewigen Rhythmus der Erniedrigung und Erhebung der Deutschen, vor der Situation des kleinen Landes zwischen zwei Giganten, die sich auf seine Kosten verbünden könnten. Musiał sprach sehr eindrücklich von unserer Verantwortung in Deutschland, diese Angst überwinden zu helfen. Als später Bischof Tranda, der Präsident des Polnischen Ökumenischen Rates, in sehr bewegenden Worten um Vergebung bat für das Leid, das sein Volk den Deutschen angetan habe, und als er von der beginnenden Versöhnung auch zwischen Polen und Russen sprach – da war plötzlich mit Händen zu greifen: für die Polen ist die Versöhnung eine Frage des Überlebens. Bei uns scheint sie eher eine Frage des Gewissens und der moralischen Anstrengung. Die wirtschaftliche Machtposition macht uns zu Siegern, wo wir eigentlich hätten demütig werden sollen. Wie können wir damit verantwortungsvoll und ohne Überheblichkeit umgehen? Es hat die Atmosphäre des Kolloquiums zweifellos entspannt, daß unser Bundespräsident mittlerweile in Polen war.

Aus der Sicht von außen bekamen die anwesenden Deutschen ein weiteres Unbehagen bestätigt, das auch im Lande wächst und sich im Ausgang der Wahlen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen kundtat: der Alleingang der Regierungen und die fehlende Einbeziehung der Parlamente bei der Aushandlung des Staatsvertrages. „Es vereinigen sich Staaten, daher gibt es einen Staatsvertrag; nicht Menschen, sonst würden wir über eine gemeinsame neue Verfassung sprechen“, akzentuierte Konrad Weiß, Volkskammerabgeordneter für das Bündnis 90, diese Mißlichkeit.

Ihre jeweils eher fragenden als konstatierenden Gedanken über nationale Identität und kulturelle Zusammengehörigkeit äußerten die Schriftstellerin Rosemarie Schuder (DDR) und Günter Gaus. „Gegensätzliches hatte ich zu registrieren – das ist meine Identität“, sagte Frau Schuder und griff in ihrem Nachdenken über die nationale Identität auf das Bild Bert Brechts von Deutschland, der bleichen Mutter zurück, die aus ihrer Besudelung zwei so verschiedene Töchter hervorgebracht hat. Jede dieser Töchter habe ein eigenes Leben, das – wenn auch noch so unbedeutend – sein Gewicht behalten müsse. Sie trat für die Identität der kleineren, armen und entblößten Tochter ein. Und Günter Gaus sprach skeptisch über die Möglichkeit von uns Deutschen, weise wie ein Dädalus mit den Machtinstrumenten der Moderne umgehen zu können und nicht wie Ikarus sich im Höhenflug die Flügel zu verbrennen. Von dem, was in der DDR Ideologie war, seien auch wir im Westen heimlich ausgegangen: vom Glauben an die Veränderbarkeit des Menschen, der sich als ein Irrtum erwiesen habe; und es stelle sich im gegenwärtigen Medienzeitalter mit all seinen Verflachungserscheinungen sehr akut die Frage, ob wir überhaupt noch demokratiefähig seien. Nationale Identität und Zusammengehörigkeit: das läßt sich begrifflich nicht fassen – es liegt eher im unabweislichen Interesse aneinander.

Dies Interesse hat seine handfeste Basis in den wirtschaftlichen Fragen. So war es notwendig und im Detail weiterführend, daß ein ganzer Vormittag mit Referaten von den Wirtschaftswissenschaftlern Hans Knop (DDR) und Kurt Biedenkopf (BRD, jetzt Gastprofessor in Leipzig) diesen Problemen gewidmet war. Wichtig für die bundesrepublikanischen Teilnehmer zu hören, wie groß der Vermögensunterschied zwischen DDR und Bundesrepublik tatsächlich ist: der Zuwachs des westdeutschen Sparvermögens war beispielsweise 1989 ebenso groß wie das gesamte Geldvermögen in der DDR; die Bundesbürger besitzen durchschnittlich viermal soviel Geld wie die DDR-Bürger, die Löhne sind mehr als doppelt so hoch usw. usw. Bei diesen und anderen Ungleichheiten schien es nur logisch, wenn Biedenkopf hervorhob, daß eine zehnmal höhere Belastung im Verhältnis zur DDR für die materiellen Kosten des wirtschaftlichen Umbaus durchaus zumutbar und notwendig sei. Die immateriellen Kosten habe ohnedies die DDR-Bevölkerung fast allein zu tragen: Änderung der Arbeitsverhältnisse, drohende Arbeitslosigkeit, neue Leistungsanforderungen, Umorientierung der gesellschaftlichen Werte, Aufgabe von „Besitzständen an Gewohnheiten“, wie z. B. das Warten auf Lieferungen oder das Verlassen des Arbeitsplatzes, um Einkäufe zu erledigen usw. Einen notwendigen Akzent in der gegenwärtigen Unsicherheit setzte Biedenkopf mit seiner Bemerkung, daß die soziale Marktwirtschaft nicht nur der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln, sondern auch eines starken Staates bedarf, der den Wettbewerb garantiert und die sozial Schwachen schützt.

Das Kolloquium hat insgesamt gezeigt, wie wichtig das differenzierte Gespräch über all diese lebenswichtigen Zukunftsfragen ist. Man kann nur hoffen, daß der am Schluß gemachte Vorschlag einer baldigen Wiederholung dieser Gespräche gegebenenfalls mit den gleichen Referenten und im Rückblick auf die heute gemachten Prognosen, in die Tat umgesetzt wird.

Elisabeth Raiser